

Im Falle Libyens stehen wir vor einer sich selbsterfüllende NATO-Prophezeiung. Die geölte Verdummungsmaschinerie setzte sich zum Ziel, einen weiteren Kolonialkrieg vor aller Welt ungestraft zu führen und ihn sogar als „humanitären Krieg“ feiern zu lassen.

Kolonialkrieg

Eine „Flugverbotszone zum Schutze der Zivilbevölkerung“ versprochen sie. Doch nur Zerstörung und Tote sind nach acht Monaten Bomben, Raketen und Morde zu ebener Erde so real für die jetzigen und für künftige Generationen wie die Folgen des abgereicherten Uraniums der NATO-Waffen. So real wie die Tatsache, daß die Revolte aus der Ferne vorbereitet und gelenkt worden ist, denn für den „Westen“ darf es nur Änderungen geben, die nichts ändern.

Der „Westen“, diese virtuelle Figur sehr konkreter Interessen, bestimmt das sozial-politische Modell, dem die Völker zu folgen haben. Islam und Feudalismus, mehr oder minder extremistisch, sind ihm akzeptabel solange die tatsächliche Unterwerfung des Ganzen gesichert ist. Dieser Zustand sei *alternativos*.

Man hat einen Putsch organisiert, einen Krieg erfunden, eine im fernen Ausland vorgefertigte „Regierung“ anerkannt und ihr den Weg nach Tripoli freigeblieben. Vereinbarungen? Völkerrecht? Für die NATO anscheinend hohle Begriffe, wertlos wie das Leben jener Arbeiter, die zu „Söldnern“ abgestempelt zu Freiwilligen wurden, während NATO-„Spezialisten“ Krieg in bzw. gegen Libyen führten.

Auch über das umgekehrte Libretto verfügt der „Westen“: In Bahrain war der Alleinherrscher der Gute, die Rebellen die Bösen, deshalb mußten dort im Namen dieser seltsamen „internationalen Gemeinschaft“ saudische Panzer gegen den Nachbarn rollen. Auch da siegten die „westlichen“ Propheten.

Keine NATO-Behauptung zu lächerlich, durchsichtig oder grotesk, unsere „freien Medien“ werden sie vervielfältigen.

Die Früchte des Zorns

John Steinbecks Roman erschien 1939, hat aber an Aktualität nichts verloren. Das in den Vereinigten Staaten von je her schrankenlose Wirtschaftssystem hat für den kleinen Farmer, für den echten Bauern nie viel übrig gehabt. Nur zu schnell geriet er in die Schuldenfalle oder wurde schlicht Opfer der Interessen mächtiger Investoren. Inzwischen ist der eigentliche Bauernstand in Europa Zeuge des eigenen Untergangs. Nur ein Beispiel: Nicht weit von Avignon hat ein Obstbauer seine Bäume gefällt und den Beruf aufgegeben. Seine Erklärung: „Ich habe für die Früchte 9 Cent das Kilo bekommen, im Laden sehe ich sie dann um 2,80 Euro. Wenn man uns Bauern so verachtet, ist es besser aufzuhören.“ Die Entscheidung sei für ihn eine Art von Selbstmord, sagte er noch, aber auch eine politische Demonstration.

Dem Europäer empfehlen die EU-Politiker, sich mit der Vorstellung anzufreunden, daß Europa nur noch Industrie und Dienstleistung betreiben und die Nahrungsmittel aus der „Dritten Welt“ importieren solle. Fraglich bleibt, wie „die Märkte“ Produktion und Vertrieb im Weltmaßstab dann gestalten werden - und welche „Preisgestaltung“ sie dann vornehmen wollen. Die fruchtbarsten Böden Afrikas, Asiens und Amerikas werden seit geraumer Zeit von Konzernen, die sich meistens „international“ nennen, aber fast alle ihre „Wurzeln“ in London und Neuyork haben, aufgekauft. Schon vor Jahren hatte der berühmt-berüchtigte Spekulant Mister Soros prophezeit, Wasser und Getreide würden das Erdöl der Zukunft werden. (Er hat sich in Argentinien zum Hyper-Großgrundbesitzer gemacht.)

Gut bzw. gesund zu essen dürfte bald ohnehin ein Luxus sein. Der Bauer und sein Wissen werden schon jetzt durch den industriellen Landarbeiter und durch die patentpflichtigen Kreationen aus den Laboratorien einer undurchsichtigen Phytoindustrie ersetzt, deren „Lobby“ in Brüssel dafür sorgt, daß sich niemand aus der Umklammerung retten kann. Auch hier tönt es: *alternativos!*

Wie einst im sterbenden Rom geben in Europa immer mehr Kleinbauern auf oder fristen ihr Dasein als Hilfgeld-Empfänger, die den Anweisungen der EU-Bürokraten folgen müssen. Die kleinen Lebensmittelhändler sind längst von den Konzernen erdrückt worden, aus den Feldern wird Baugrund für Golfplätze oder Einkaufszentren mit Großparkplatz, und in manchen Gegenden der ach so fortschrittlichen EU arbeiten Afrikaner auf Gemüsefeldern unter Bedingungen, die an die alte Sklavenshaltung erinnern. Dafür darf der Europäer Äpfeln aus Chile, Birnen aus Südafrika, Nüsse aus China und Kiwis aus Neuseeland um (noch) gutes Geld kaufen.

Fleisch, einstiger Sonntagsluxus des kleinen Mannes, ist zur Massenware geworden, allerdings um einen hohen Preis, den man nicht mit Geld zahlen kann. Billiges Fleisch ist u.a. durch Massentierhaltung ermöglicht worden, und abgesehen von den Regeln des Tierschutzes, auf die wir hier nicht eingehen können, führt das Seuchenrisiko zu großzügiger Verfütterung von Antibiotika. Inzwischen warnen die Krankenhäuser, daß die Zahl resistenter Keime bedrohlich zunimmt. So könnte schließlich so mancher Patient die „günstige“ Massenproduktion buchstäblich mit der eigenen Gesundheit oder gar mit dem Leben bezahlen.

Wie im Ersten Weltkrieg aus der drückenden Not heraus mancherlei zu „Ersatz“-Ware gemacht wurde, werden jetzt ohne Not, aus kommerzieller Taktik und aus den stets präsenten Gründen der Profitmaximierung, mit Hilfe neuer Chemie-Technik, dubiose Stoffe in schön verpackte, vielleicht schmackhafte, aber doch fragwürdige „Industrienahrung“ verwandelt. Immer im Namen des Fortschritts.

Aber wohin schreiten wir denn fort? Gar weit haben sie uns jetzt schon gebracht!

Glasnost!

Ohne Offenheit keine Rettung

Sehr schnell haben die „westlichen“ Medien den Begriff vergessen und vergessen lassen, der vor gar nicht so langer Zeit den raschen Zusammenbruch der Sowjetunion einleitete: Als Gorbatschow seine Politik der Offenheit („*politika glasnosti*“) einleitete, hat er sicherlich die Geschwindigkeit nicht geahnt, mit der das knapp siebzigjährige System der Volksdemokratie zerbröseln würde.

Die selbstgefällige Parteiendemokratie würde einer Politik der Offenheit wohl beharrlicheren Widerstand leisten können, aber unempfindlich gegen die heilsame Wirkung der Offenheit könnte auch sie nicht bleiben, denn eine gründliche Kur mit dieser Medikation hat sie längst und dringend nötig. Der Umbau (*perestrojka!*) eines verfetteten Systems von *Apparatschiks-auf-Gegenseitigkeit* bzw. von faktischem *Proporz*, wie man früher sagte, würde bestimmten Leuten verständlicherweise nicht gefallen. Es kann deshalb der Aufwand nicht überraschen, mit dem die Regierungs- und Verwaltungsvorgänge immer wieder umnebelt und mit monotoner Phraseologie zugepflastert werden. Ganze Regimenter von Bühnen- und Maskenbildnern werden bemüht, um das naive Volk ja nicht mit „lästigen“ Tatsachen zu erschrecken.

Der als Journalist ethisch nicht gerade vorbildhafte Jozsef Pulitzer, Begründer der Skandalpresse, wußte als Manipulator sehr gut, welche Sprengkraft sich aus dem Bekanntmachen mancher Fakten entwickeln läßt; so schrieb er: „Es gibt kein Verbrechen, keinen Kniff, keinen Trick, keinen Schwindel, kein Laster, das nicht von Geheimhaltung lebte.“

Großindustrieller Henry Ford sprach es seinerseits ganz offen aus: „Wenn die Leute wüßten, wie unser Geldsystem funktioniert, dann hätten wir morgen Revolution.“

In dieselbe Richtung bließ einst Bismarck mit der Bemerkung, man könne froh sein, daß das Volk nicht wüßte „wie die Wurst und die Gesetze gemacht“ würden.

Nun scheint die Gier des internationalen Finanzkapitals allmählich derartige Turbulenzen zu verursachen, daß selbst die unwissenden Völker zu ahnen beginnen wie die Wurst gemixt und wer die Gesetze machen läßt.

Heute schimpfen Berufspolitiker aller Parteien häufig auf die Bankenwelt, als wären nicht sie selbst durch Jahrzehnte die gut besoldeten Stützen und strenggläubigen Verteidiger des Geflechts von Geldern und Machtstrukturen gewesen.

Der Fachmann Prof. Joachim Starbatty hatte seinerzeit vor der „Euro“-Erfindung gewarnt. Nach langen Jahren kam er neulich wieder vor ein Mikrofon. Gefragt, ob er sich nun bestätigt fühle?: „Nein, ich fühle mich besorgt.“ Dann sagte er Interessantes: „Damals waren wir Fachleute alle derselben Meinung, wenn wir unter uns sprachen, aber in der Öffentlichkeit war ich der einzige, der diese Meinung offen äußerte. Und dann war es so, daß ich niemals wieder von der Presse oder vom Fernsehen zu einem Gespräch eingeladen wurde.“ Erst jetzt, da jedes Kind das Dach brennen sieht, darf er wieder reden. So steht es in der Tabu & Kusch-Demokratie für einen Fachmann mit eigener Meinung.

Jetzt versteht vielleicht der einfache Zeitungsleser, weshalb der auch Fachmann und immerhin BRD-Präsident Köhler vor geraumer Zeit sich entnervt dazu entschloß, der politischen Führung des Landes das hohe Amt buchstäblich vor die Füße zu werfen. Er warnt seit einem Jahr: „Wir werden eine Ordnung der Freiheit nur bewahren können, wenn der Staat den Kampf gegen das große Geld aufnimmt - und gewinnt.“

Die Aufgabe ist weiß Gott schwierig und gefährlich genug. Der alte Moloch *Internationale Hochfinanz*, wie die Geschichte zeigt, war nie ohne weiteres bereit, Widerstand zu dulden. Nur meisterhafte Diplomatie und eine Politik der Volksnähe und der Offenheit könnte den Völkern in dieser verzwickten Lage Rettung versprechen.

Soldaten - wozu?

Die II. Republik hat stets eine ärmliche, aber schlaue Wehrpolitik betrieben: Europa war von den Weltmächten militärisch besetzt; somit war undenkbar, daß sie Kriege zwischen den Staaten innerhalb oder gar außerhalb ihrer jeweiligen Zone erlaubt hätten.

Den Krieg zwischen den Blöcken konnte man sich wohl vorstellen, aber in diesem Fall hätten Österreichs Soldaten sich allenfalls als „Hilfswillige“ am endzeitlichen Blutbad beteiligen können. Die Interessen der Bevölkerung und ganz Europas wären in einem solchen Krieg ohnehin den berüchtigten Bach ´runtergegangen. Insofern war es richtig, kleine Verbände aufzustellen, die Aufgaben der Grenzsicherung oder kleinerer Einsätze erfüllen konnten. Daß man sich dabei gerne die vielen Millionenbeträge ersparte, die eine wohlgerüstete Armee Jahr für Jahr

verbraucht, versteht sich von selbst. Und die verschiedenen Umbau-Pläne des Heeres gediehen eben nicht.

Nun bewirbt Niesoldat Darabos den Umbau des Heeres in eine „Profi“-Armee und bietet jungen Leuten eine *Karriere* mit „internationaler Berufserfahrung im Auslandseinsatz“. Daß die Republik ihre Soldaten für „Humanitäres“ ins Ausland schicken will, ist hübsch und klingt sehr nett. Netter würde es klingen, hätten wir nicht Ähnliches öfters schon aus dem Pentagon gehört. Und eines macht uns stutzig: Warum beglückwünscht sich Herr Darabos für die Teilnahme des Bundesheeres an den *Battlegroups* der EU? Das unschöne englische Wort bedeutet doch „Kampfgruppen“, nicht wahr? Kämpfen? Das muß vielleicht manchmal sein, aber wenn - dann wollen wir doch ganz genau wissen für wen und wozu.

TAG DER VÖLKER 9. November

Wie jedes Jahr seit dem Umbruch von 1989 erinnern wir auch jetzt an das oft zitierte und oft gebrochene und verratene Recht aller Völker, über das eigene Leben selbständig und frei zu bestimmen.

Solange sich manche Staaten das Privileg anmaßen, mit einem Veto den Mehrheitswillen der Menschen zu unterdrücken, wird die Arbeit der sogenannten UNO für den internationalen Frieden nutzloses Falschspiel bleiben.

Erinnern wollen wir aber auch an alle jene, die gerade im Kampf um diese Selbstbestimmung und um das Recht frei zu denken, zu reden und zu wirken, einst oder heute Verleumdung, Verfolgung und Unterdrückung erlitten haben bzw. noch erleiden.

Bilderberger

Die EU-Abgeordneten der italienischen Lega Nord haben beschlossen, Initiativen zu setzen, um die Ziele und die Teilnehmer der Bilderberger Konferenzen aufzuklären, vor allem wenn es sich um Personen des EU-Parlamentes oder der EU-Zentralbank handelt.

Mario Borghesio, Sprecher der Lega Nord, hatte mit seinem Mitarbeiter Max Bastoni versucht, am Treffen der Bilderberger in Sant Moritz teilzunehmen, waren aber von der Schweizer Polizei unsanft entfernt, sechs Stunden festgehalten, durchsucht, fotografiert und für drei Tage aus dem Kanton ausgewiesen worden.

In einem Brief an den Präsidenten des EU-Parlamentes nennt der Abgeordnete die Bilderberger Konferenz „eine Geheimorganisation, die offenbar Extraterritorialität genießt, obwohl in Europa Transparenz herrschen sollte.“ Er sei der Ansicht, die Öffentlichkeit habe das Recht, die Themen einer Organisation zu kennen, die wichtige Personen der Politik und der Finanzen sowie Vertreter der Industrie und der Medien versammle.

WARNUNG

an unsere Leser in der FPÖ

Die FPÖ-Kärnten hat einem langjährigen Mitglied mit dem Ausschluß gedroht, weil er Flugblätter der AFP an (Zitat:) „junge FPÖ-Parteimitglieder weitergegeben“ habe. (Der betroffene ist inzwischen aus der FPÖ ausgetreten.)

Bitte teilen Sie uns solche Angriffe auf die Meinungsfreiheit mit, von denen Sie in Ihrer Umgebung erfahren! *WB*

Geheime Kriege

Das Völkerrecht war immer ein schmalbrüstiges Kind. Wenn mächtige Herren oder solche Staaten sich über anerkannte Prinzipien hinwegsetzen wollen, finden sie meist ohne weiteres einen Weg, es verdeckt zu tun: sie korrumpieren Minister, destabilisieren Regierungen, liquidieren Gegner. „Moderne“ Zeiten machen es sogar möglich, ganze Regime durch ferngelenkte Aktionen in die Luft zu sprengen.

Die angelsächsischen Mächte haben es dabei zur virtuellen Geschicklichkeit gebracht. Ihr Geheimvertrag von 1948 (USA-England plus Kanada, Australien, Neuseeland) erlaubte ihnen, einen gewaltigen Apparat für Spionage und Geheimangriffe im „Kalten Krieg“ aufzubauen, der auch heute funktioniert.

China und Frankreich haben einige Jahrzehnte hindurch, vor allem in Afrika, ähnliche Methoden des geheimen Krieges eingesetzt. Inzwischen hat China voll auf die wirtschaftliche Karte gesetzt, und das schwächelnde Paris zieht sich zurück. Rußland beschränkt sich heute darauf, Versuche des sog. „Westens“, die „russische Sphäre“ zu unterwandern, energisch abzuwehren; für mehr reicht die Puste nicht.

Die Angelsachsen haben nach 1991 ihren Geheimapparat mächtig aufgebläht: Verdreifachung der Mittel in einem runden Jahrzehnt (ohne die „befreundeten ausländischen Dienste“ hinzuzurechnen), d.h. 100 Milliarden Dollar und 250.000 Mann, fünfzehnmal (!) mehr als Rußland. Die Globalisierung rollt.

Große und kleine Welt

Vom nächsten Jahr an will NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) einen Konsolidierungspakt für Städte auflegen, deren gesamte Infrastruktur wegen Überschuldung ansonsten ab 2016 den Banken gehören würde.

Westdeutsche Allgemeine, 20.8.2011

Die Neuxtremen wollen eine Weltregierung, u.a. mit Department EU, mit Weltbank, WTO, Weltkultur, Weltreligion, unbeschränkter Einwanderung. Diese Extreme fördern Gegenextreme, z.B. Rechtsextremismus. Darum nach Schweizerart weltoffen, fremdenfreundlich, aber jeden Extremismus meiden.

Emil Rahm in „Wagnis Schweiz“

Daß auf einseitige Gewinnmaximierung gepolte Finanzakteure jetzt das Wohl und Wehe ganzer Völker bestimmen können, liegt eindeutig auch und sogar zuerst an politischen Versäumnissen.

Horst Köhler, Bundespräsident a.D.

Die Enkel von Louis Renault fordern vor Gericht in Paris eine Entschädigung für die materiellen und moralischen Schäden, die sie durch die von der provisorischen Regierung der „Libération“ 1944 angeordnete Enteignung der berühmten Fahrzeugfabrik erlitten haben. Sie bringen vor, die Verordnung vom 16.1.1945 habe gegen verschiedene von der Verfassung garantierten Prinzipien verstoßen.

Gegen Louis Renault war am 1.9.1944 ein Vorfürhbehl erlassen, er stellte sich freiwillig dem U-Richter am 22.9.44 und wurde inhaftiert wegen „Zusammenarbeit mit dem Feind“.

Da Renault (67) schon seit Jahren an Niereninsuffizienz und Aphasie litt, untersuchten ihn am 27.9.44 zwei Ärzte, die die Einweisung in eine Klinik empfahlen. Renault wurde jedoch in Haft gehalten und brutal geschlagen; er starb am 24.10.1944, offiziell an Urämie.

Am 3. Oktober hatte ihn seine Frau besucht; um ihn aufzumuntern versprach sie, daß die Anwälte in zehn Tagen die Freilassung erwirken würden. Seine Antwort war: „Man wird mich schon zuvor getötet haben. Sie kommen nachts.“ Weder die Angehörigen noch die Anwälte erhielten ab 4.10. Besuchs-erlaubnis. Ein Zellenwärter flüsterte dem Besucher Louis Charels an diesem Tag: „In der Nacht haben sie ihn verprügelt.“ Am 17. fiel Renault ins Koma. Ein später von der Familie reklamiertes Röntgenbild zeigt eine gebrochene Halswirbel. Die Enkel des Industriellen argumentieren, selbst wegen „Kollaboration“ verurteilte Unternehmer seien nicht enteignet worden, gegen Renault wurde jedoch nie ein Verfahren eröffnet; außerdem erlaube das Gesetz eine Enteignung *post mortem* nicht.

Bemerkenswert ist, daß Louis Renault aus Überzeugung den Banken sehr mißtraute; er finanzierte seine Investitionen aus dem Firmengewinn und besaß nicht einmal ein Bankkonto. Die Lieferungen bezahlte er in bar, bis 1914 in Gold! Allerdings verlangte er dafür ein bedeutendes Skonto.

600 aus dem Afghanistankrieg im Jahr 2011 bisher zurückgekehrte BRD-Soldaten haben um Behandlung ihrer „posttraumatischen Belastungs-Störung“ angesucht. *(Deutschlandfunk)*

Musiktermin

Adventkonzert der Harmonia Classica

26. November 2011, 15:30 Uhr

Deutschordenskirche. Singerstr. 7, Wien I

Wer ist Dominique Strauß-Kahn?

Die eigentliche Frage um Dominique Strauß-Kahn (DSK) ist nicht die schlüpfrige Affäre in einem Neuyorker Luxushotel, sondern: wie wird gerade ein Sozialist zum Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), der die Ausbeutung ärmster Länder zu verantworten hat?

Der IWF hat schlimmste Regime finanziert (Argentinien, Brasilien, Indonesien, Nigeria, Philippinen usw.) und durch seine Forderungen sozialwidrige Maßnahmen erzwungen.

Seine Kritiker sprechen von Millionen Toten weltweit in wenigen Jahrzehnten als Folge einer Politik, die der IWF als „Strukturanpassung“ vorstellt, und meinen gar, der IWF müsse als kriminelle Organisation eingestuft werden. DSK wurde nun IWF-Chef (461.510 Dollar/Jahr steuerfrei).

Als Kind einer reichen jüdischen Familie wuchs Strauß-Kahn in Marokko und Monaco auf, studierte Politologie, Handelswissenschaft (HEC), dann Jura, und wurde schließlich Wirtschaftsanwalt.

Er trat 1976 in die Sozialistische Partei ein und arbeitete mit den ehemaligen Trotzisten Lionel Jospin und Jean-Christophe Cambadélis zusammen, zwei Männer aus dem Umkreis von Irving Brown, V-Mann der CIA für die Verbindung zur europäischen Linken. 1988 wurde DSK nun Abgeordneter und Präsident der Finanzkommission, 1991 Stellvertretender Industrie- und Außenhandelsminister. Ein Sozialist, der im Kreis des Großen Geldes ungehemmt lebt und in der Öffentlichkeit als „unersättlich zu Tisch und im Bett“ gilt.

Vom Amt aus half DSK seinen Freunden J. Peyrelevade (Crédit Lyonnais) und Ullman-Hamon bei dessen riskanten Geschäften. Ullman-Hamon betreibt Geschäfte in Hispano-Amerika für Israels Rechnung und ist Mitbegründer der Zeitschrift *Marianne* des Jean-François Kahn. (Ullman-Hamons Geschäfte mit den Filialen von Crédit Lyonnais werden dem französischen Steuerzahler viele Millionen kosten.)

Als Dominique Strauss geboren, fügte er seinem Namen *Kahn* zu, „um nicht mit einem Deutschen verwechselt zu werden“ und um seine jüdische Herkunft zu betonen; in einer Synagoge heiratete er (dritte Ehe) die Fernseh-Journalistin Anne Sinclair. Zeugen waren Elisabeth Badinter (Erbin der Gruppe Publicis, Ehefrau des Ministers Robert Badinter) und Rachel Assouline (Ehefrau des Jean-François Kahn, „König“ der französischen Presse).

DSK betont öffentlich seine unbedingte Stützung der Interessen Israels, wohin er häufiger fährt: „Ich meine, daß jeder Jude der Diaspora und Frankreichs zur Unterstützung Israels beitragen soll. Gerade deshalb ist es wichtig, daß Juden politische Verantwortung übernehmen. Kurz; in meinen Ämtern und in meinem Alltagsleben, in der Gesamtheit meines Handelns, versuche ich meinen bescheidenen Beitrag für den Aufbau Israels zu leisten.“ (*France-Inter*, 13.5.2004). Während des Kriegs gegen den Irak 1991 nahm er an der „Solidaritätsreise“ des französischen Rates jüdischer Institutionen (CRIF) teil.

Als ehemaliger Industrieminister gründete er 1994 einen „Industriekreis“, wo die 48 wichtigsten Firmen des Landes Mit-

glied werden, um ihre Interessen im EU-Brüssel durch DSK vertreten zu lassen, dann übergibt er die Führung an Raymond Levy, bleibt selbst Vize. Als Geschäftsanwalt amtiert er weiter im Büro des „Kreises“. Für seine Ratschläge und Vermittlungen nimmt er jährlich über 2 Millionen Franken ein, ohne die Honorare für Vorträge usw. einzubeziehen. Er unterrichtet u.a. in Stanford, wohin die damalige Direktorin, Condoleezza Rice, ihn holt; dort lernt er George Schultz und andere späteren Mitarbeiter der Bush-Regierung kennen.

Als Bürgermeister von Sarcelles verschwistert er „die jüdischste Gemeinde Frankreichs mit der französischsten Gemeinde Israels.“ (Netanja)

1997-1999: DSK ist Superminister (Wirtschaft, Finanzen), privatisiert France-Telecom, führt den Euro und Maßnahmen ein, um Frankreich in die „moderne Finanzlogik“, einzubinden; schafft die Sozialabgaben beim Kauf von Aktien durch leitendes Personal ab, was eine Steigerung des Kapitaleinkommens bedeutet, aber der Mittelstand verliert spürbar Kaufkraft. Ab 1993 besucht DSK die Treffen in Davos; auf NATO-Einladung, im Jahr 2000, trifft sich beim Club Bilderberg mit Pascal Lamy und Jean-Claude Trichet, heute wichtige Köpfe der Finanzwelt.

Durch persönliche Finanzgeschäfte sieht er sich in Skandale involviert (MNEF, Öl-Konzern Elf). Die Richter befinden, DSK habe legal, aber nicht moralisch gehandelt. DSK hatte für imaginäre Leistungen beträchtliche Zahlungen erhalten und mußte für eine Zeit die Politikwelt verlassen.

2001 wurden die „Fälle“ eingestellt und DSK übernahm die *Stiftung Jean Jaures*, Partner von *National Endowment for Democracy* (NED). Über C. Rice kannte DSK Madeleine Albright, Chefin des *National Democratic Institute* (NDI), das als „Vorhang“ für NED arbeitet und der französischen Sozialistischen Partei Gelder des Washingtoner Außenamtes zukommen läßt. Ein *German Marshall Fund of the United States*, eine Organisation aus dem Umfeld der NATO, gründet 2003 ein *Forum Handel und Armut* und DSK wird einer der sechs Leitenden. Dort unterschreibt er Berichte im Sinne des *Absoluten Freien Handels*.

DSK nahm am „Europäischen Seminar“ in Jalta für eine „Entschädigung“ von 7000 Euro teil (mittelbar von George Soros bezahlt). Zweck des Treffens war u.a. die Stützung der sog. *Orange-Revolution*, um die Ukraine in die NATO zu führen, ein Bemühen der CIA-nahen Organisation TD International, die von William Green III. geführt wird, ehemals Chef des „Gladio“-Netzes in Frankreich. 1995 mußte Green die Organisation aus Gründen verlassen, die niemals bekanntgemacht wurden.

Der vom „Westen“ beschimpfte Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, hatte nie eine besonders hohe Meinung vom IWF, und die Person des Strauß-Kahn verbesserte seine Einschätzung nicht. So beschloß er, nicht nur den IWF zu verlassen („bevor sie uns zu fassen kriegen“), sondern empfahl allen Ländern der „Dritten Welt“, es ihm darin gleichzutun.

(wird fortgesetzt)

Wiener Beobachter, Folge 239 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: kontakt@wienerbeobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *
Verlagspostamt: 1170 Wien